

Mobilfunkantennen – Berichte aus der Presse Lennestadt

Westfalenpost vom 17.02.06 Schüler sind die Versuchskaninchen

Schon droht die nächste Ohrfeige für Finnentrops ersten Bürger

Betr.: Mobilfunkantenne im Schulzentrum Finnentrop

Nun endlich hat sich die Gemeinde Finnentrop bequem, am kommenden Montag um 18 Uhr eine Informationsveranstaltung zum Thema Mobilfunkmast anzubieten, da droht die nächste Ohrfeige für Finnentrops ersten Bürger. Der Betreiber Vodafone ist davon ausgegangen, dass gemäß Rahmenvereinbarung zwischen Kommunen und Mobilfunkanbietern die Gemeinde die Politik wie die Öffentlichkeit informiere. Wir wissen nun, dass dem nicht so war. Als besonderes Bonbon sagt die Pressesprecherin von Vodafone die Teilnahme ihrer Firma an der Informationsveranstaltung am 20. Februar gleich aus „terminlichen Gründen“ ab. Gleichzeitig bietet Vodafone eine Hotline-Nummer an, bei der sich der besorgte Bürger dann aufklären lassen kann wie in einem Call-Center für neue Backrezepte. Etwas mehr Aufmerksamkeit haben wir schon verdient, liebe Vodafone-Leute. Aber was erfährt die verwunderte Öffentlichkeit dank Presse noch so alles. Da gibt es also einen Vertrag mit D I. Ein neues Informationshäppchen ist der Vertrag zwischen der Gemeinde und einem Zweitnutzer, der die Gemeinde um die Nutzung des Masten für seine UMTS-Sender gebeten hat. In der Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde vom Juni 2005 gibt es diesen Zweitnutzer noch nicht, da steht auch nur der GSM-Standard fürs Telefonieren.

Ach ja, es gibt bundesweit noch zwei weitere Mobilfunkanbieter, die vielleicht auch noch anfragen und den ach so guten Standort im Schulzentrum nutzen möchten. Dass sich die Strahlungsintensität dadurch erheblich erhöht und unkalkulierbare Risiken Schüler wie Anlieger treffen, wird ernsthaft niemand leugnen. Welch gigantischer Fortschritt: Finnentropener Schüler und die Wohnbevölkerung als Versuchskaninchen mit offizieller Genehmigung der Verantwortlichen.

Aber was geht Sie das in Fretter oder Serkenrode, in Heggen oder Lenhausen an, was die da im Finnentropener Schulzentrum zu lamentieren haben? Die Rechnung ist schnell aufgemacht. Im Schulzentrum konzentrieren sich die beiden weiterführenden Schulen der Gemeinde, bald mit einem Ganztagsangebot. Eine bessere Werbung wird sich auch Vodafone kaum vorstellen können: Mobilfunkstrahlung ganztägig! Vielleicht geht auch eines Ihrer Kinder, Enkelkinder, Nachbarskinder hier zur Schule.

Wie sagte noch die Pressesprecherin von Vodafone: Über die Ausrichtung könne man noch nichts Konkretes sagen (Welches Wirtschaftsunternehmen investiert heute eigentlich noch ohne genaue Marktanalyse?), aber „man wolle Bamenohl, Altfinnentrop und noch nicht näher spezifizierte Teile eines Wohngebietes“ bestrahlen.

Ganz abgesehen davon, dass die Mobilfunkbetreiber mit Hochdruck (siehe Finnentrop) ihre Kapazitäten für den Flopp UMTS ausweiten wollen, werden die Drückerkolonnen der Funkturbauer vielleicht in ein paar Tagen schon an die Türen in Fretter oder Serkenrode, Heggen oder Lenhausen klopfen.

Thomas Feldmann

Joh.-Biggemann-Str. 87, Finnentrop

Westfalenpost vom 11.02.06

Aufregung in Finnentrop

Was ist nur seltsam und was empörend?

Von Gunnar Steinbach

Eine Welle der Empörung hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Bernd Dahlmann in Finnentrop ausgemacht. Empörung worüber? Dass Anwohner nicht glücklich sind, wenn ihnen ein Funkmast neben das Grundstück gestellt wird, kann man nachvollziehen. Aber auch die Anwohner wissen, dass es nicht besonders logisch klingt, einerseits selber Handys zu benutzen und andererseits die technischen Voraussetzungen dafür abzulehnen - zumindest dann, wenn sie vor ; der eigenen Haustür stehen. Dass sie trotzdem versuchen, die Öffentlichkeit gegen den Funkmast zu mobilisieren, ist ihr gutes Recht, auch wenn der Bürgermeister stöhnt, dass Presse hier instrumentalisiert werde. Den Versuch, Presse zu instrumentalisieren machen alle, Politiker und Bürgermeister am häufigsten.

Der befürchtete Elektrosmog rund um den Funkmasten ist Nährboden für Seltsames. Nach Aussage der Realschulleiterin Eva Fiegenger hat die Nachricht vom beabsichtigten Bau am schwarzen Brett gehangen, ohne dass sich jemand aufgeregt habe. Erst als die Fundamente gegossen worden sind, formierte sich Widerstand. Aber auch das Verhalten der Schulleiterin ist nicht zwingend. Sie verbietet die Handynutzung in der Schule mit der Begründung, dass gesundheitliche Gefährdungen besonders auf Jugendliche letztlich doch nicht ausgeschlossen werden könnten. Wenn sie das so sieht, darf sie zu dem Mast neben der Turnhalle nicht schweigen. Alles nicht ganz logisch, aber muss man sich deshalb empören? Einer Verwaltung, die einen solchen Sendemast in ein Schulzentrum stellt, muss man bescheinigen, dass es ihr gelungen ist, sich selbst gegen störende Einflüsse abzuschotten. Dass es gegen Funkmasten - berechtigt oder nicht - schon Bürgerproteste gegeben hat, ist außerhalb des Finnentropers Rathauses bekannt. Dass man sie mit einem Standort Schulzentrum möglicherweise provoziert, hätte man vielleicht ahnen können. Der sture Verweis auf eingehaltene Grenzwerte wirkt politisch dann ein bisschen ungeschickt, um nicht zu säen autistisch. Aber auch darüber müsste man sich nicht empören. Empörend wäre es, wenn sich herausstellte, dass Bürgermeister Heß nicht die Wahrheit gesagt hat, als er behauptete, er habe außer den Schulleitern auch den Gemeinderat und damit die Öffentlichkeit über das Bauvorhaben informiert.

Seine spätere Einlassung, er habe fehlenden Widerstand gegen den Bau der Antenne auf dem Rathausdach als Zustimmung zu weiteren Sendeanlagen im Umfeld interpretiert und deshalb keinen formellen Ratsbeschluss herbeigeführt, ist atemberaubend. Wie und wann hat er informiert? Man darf gespannt sein, welche Zeugen er für seine Information benennt. Das Protokoll erinnert sich nicht, in der DWG erinnert man sich nicht und in der SPD auch nicht. Unabhängig wie entscheidend die Frage ist, ob er den Rat informiert hat oder • nicht (die Zustimmung hätte er vermutlich bekommen): Ein Bürgermeister, der bei der Unwahrheit ertappt wird, hat ein Problem.

Westfalenpost vom 11.02.06 Die SPD macht Mobilfunk zum Ratsthema

Was in Finnentrop alles nicht geschehen ist

FINNENTROP. (wp)

Das Thema Mobilfunkversorgung in der Gemeinde Finnentrop soll auf Antrag der SPD in der Ratssitzung am 20. Februar diskutiert werden. In einer vom Fraktionsvorsitzenden Bernd Dahlmann unterzeichneten Presseerklärung heißt es:

„Da hat uns die Finnentropener Politik ja was Schönes eingebrockt! Diese geballte Empörung der Bevölkerung bekamen nicht nur Bürgermeister Heß, die Vorsitzenden der Fraktionen, sondern auch die übrigen Ratsvertreter massiv zu spüren. In einer Nacht- und Nebelaktion seien die Fundamente für den 20 m hohen Funksendemast gegossen, unter schwierigsten äußeren Bedingungen sei der Mast im Eiltempo errichtet, um nur nicht noch Anlage oder besonders den Standort erklären zu müssen. So dachten die Anwohner. Gleich so dachten auch die Mitglieder der SPD - Fraktion. Denn sie waren weder bei der Auswahl dieser Basisstation noch bei der Standortfrage in irgendeiner Weise beteiligt. Alleingang vom Bürgermeister und der Verwaltung? Auf Anfrage reagierte man hier gelassen und mutmaßte gar einen Ratsbeschluss oder ein anderes positives Votum der Gemeindevorteiler für diese Anlage. Es gibt und gab nichts in der Form. „Kommt man damit durch, wenn auf diese Weise Fakten geschaffen werden?“

Vor einiger Zeit gab es eine Diskussion um einen Sendemast für die D- und E Netze, der auf dem Dach des Rathauses errichtet werden sollte. Die mit diesen Netzen betriebene Datenübertragung ist in heutiger Zeit abgelöst durch UMTS, mit der eine bis zu 200fach schnellere Übertragung gewährleistet wird. Ob es die kritischen Stimmen der Rathausmitarbeiter waren oder die neue Technik, der Sendemast wurde nicht errichtet. An weitere Diskussionen über neue Sendemasten und andere Standorte konnte sich keiner erinnern. Zwischenzeitlich hatte der Bund in Person von Hans Eichel die Sendefrequenzen für fast 100 Milliarden DM an sechs Mobilfunkanbieter verkauft. Diese haben sich dabei verpflichtet, bis 2005 mindestens 50% der Gesamtbevölkerung mit UMTS zu versorgen. Die Marktnachfrage bewirkt ein Übriges zum schnelleren Ausbau. Die Kommunen hatten keine rechtliche Möglichkeit, beim Aufbau des „Netzwerkes“ mitzuwirken. Der Bund regelte die Immissionswerte und eine Regulierungsbehörde überwachte alles. Oft wurden Kommunen nicht einmal über die Errichtung neuer Sendeanlagen informiert. So entstanden unüberbrückbare Gegensätze, die durch eine Vereinbarung zwischen den Partnern aufgeweicht werden sollten. Darin heißt es: „Die geplante Einrichtung neuer Sendeanlagen in der Nähe von Kindergärten und Schulen bedarf einer besonderen Prüfung.“ Weiter: Es sollen im Vorfeld „vorhandene Informationsdefizite, Ängste und Sorgen wegen möglicher Gesundheitsrisiken sowie das Bewusstsein des Ausgeliefertseins abgebaut werden.“ Dies alles ist in Finnentrop nicht geschehen, nicht im Rat und nicht auf der Straße.

Deshalb hat die SPD-Fraktion beantragt, den Punkt Mobilfunkversorgung auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 20. Februar zu setzen.

Westfalenpost vom 4.02.06

Vorwurf gegen Heß: Rat nie informiert

Finnentrops Bürgermeister modifiziert und ergänzt eigene Aussage

FINNENTROP. (gUS)

Mit Vorwürfen gegen Bürgermeister Heß meldete sich gestern die DWG zu Wort im Streit um die Errichtung einer UMTS-Antenne unmittelbar neben dem Finnentropener Schulzentrum. Günter Linn bezeichnete die Behauptung des Bürgermeisters, er habe den Rat über das Vorhaben informiert, als falsch. Linn: „Das stimmt nicht. Ich habe sämtliche Vorlagen durchgesehen und mich auch nochmal im Rathaus erkundigt. Es gab definitiv keine Information an den Rat.“

Auf Nachfrage der WP räumte Heß ein, dass es keinen Ratsbeschluss zu dem Thema gebe. Seine Aussage, der Rat sei informiert worden, bezog er auf die Beratung aus Anlass des Baus einer E-Plus-Antenne auf dem Rathaus. Damals habe es keine Widerstände gegeben. Er habe daraus geschlossen, dass es grundsätzlich auch keine Einwände gegen den Standort Schulzentrum gebe.

Andererseits sei er sicher, dass auch in späteren Beratungen noch einmal über den Standort Schulzentrum gesprochen worden sei. Auch andere Politiker, mit denen er darüber geredet habe, könnten sich daran erinnern. Im Protokoll sei darüber aber leider nichts zu finden. Eine öffentliche Diskussion wolle er mit Günter Linn über das Thema nicht führen: „Das gehört in die politischen Gremien.“

Eva Fiegenger, Leiterin der Realschule, dementierte gestern, dass es aus Anlass der Errichtung des Antennenmastes einen Schülerstreik gegeben habe: „Das stimmt nicht.“ Zwar würde über das Thema auch im Unterricht diskutiert, aber von einer breiten Unruhe könne nicht die Rede sein: „Bis heute hat kein Elternteil angerufen, es hat keine Nachfragen gegeben.“

Von ihrer Seite bestehe das Angebot, das Thema im Rahmen von Projekttagen zu behandeln, „aber der Wunsch muss aus den Reihen der Schüler kommen.“

Es gab definitiv keine Information an den Rat.

Günter Linn, UWG-Ratsfraktion

Nachvollziehen kann Eva Fiegenger die Reaktion der Schüler nicht immer. Zwar dürften die Schüler ein Handy mit in die Schule bringen, aber die Nutzung sei untersagt, weil die Auswirkungen der Strahlung besonders auf junge Menschen nicht restlos klar seien: „Trotzdem wird telefoniert. Wenn ich sie dann darauf anspreche, höre ich nur: Das entscheide ich doch selbst. Und wenn ich ganz konkret frage, was macht dir Sorgen, dann höre ich: „Das weiß ich nicht.“

Die Information der Schulen durch den Bürgermeister bestätigte Eva Fiegenger: „Ich habe die Nachricht am Schwarzen Brett ausgehängt, aber es hat sich damals niemand dafür interessiert.“ Die Aufregung, die auch Teile der Lehrerschaft erreicht habe, kann sie zu diesem Zeitpunkt nicht ganz nachvollziehen: „Warum war es dann kein Thema im Wahlkampf? Warum ist man nicht zu seinem Abgeordneten gegangen und hat gefragt?“

Westfalenpost vom 3.02.06

Bürgerfremd

Betrifft: UMTS-Mast neben dem Schulzentrum.

Wie bürgerfremd und betreiberhörig darf ein Bürgermeister sein? Mag die Politik dieses Thema auch „unaufgeregt zur Kenntnis genommen haben“, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass hier nach Gutsherrenart das berechnete Interesse der Bürgerinnen und Bürger absolut und völlig ignoriert wird. Wenn die Thematik „Krank durch Mobilfunkstrahlen“ und „Vorsorge für unsere Kinder“ dem Bürgermeister nicht Anlass genug ist, Bürger zu informieren, ist ein Höchstmaß an Bürgerferne erreicht. Wenn das UMTS-Konzept vorsieht, alle 500 bis 1000 m einen Sendemasten zu errichten, dürfen sich die Bürgerinnen und Bürger in den anderen Orten der Gemeinde Finnentrop bald darauf gefasst machen, dass man auch Ihnen das „St. Florians Prinzip“ vorwirft. Der „Wunsch des Betreibers“, wie der Bürgermeister so treffend formuliert, scheint wohl über den Interessen der Bürger zu stehen. Nur eines sollte auch der Bürgermeister bedenken: Mobilfunkbetreiber wählen keine Bürgermeister, das machen immer noch wir, die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde

Finnentrop.
Wilfried Florath
Joh.-Biggemann-Str. 81
57413 Finnentrop

Leserbriefe müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen, wir behalten uns Kürzungen vor.